

Koalition für Unternehmen

Ende März waren die ersten 100 Regierungstage der Großen Koalition vorbei. Die Politiker bilanzieren die bisherige Politik mit einem großen „Weiter so!“ und die Medien pflichteten ihnen, trotz aller Kritik, bei. Laut einer Umfrage sieht jedoch die Mehrheit der Deutschen den Start der großen Koalition nach den ersten 100 Tagen kritisch. 55 Prozent sind weniger oder gar nicht zufrieden mit der Koalition aus CDU/CSU und SPD. Wie kann das sein? Immerhin zählt Deutschland doch zu den reichsten Ländern der Erde. „Wir“ sind mal wieder Exportweltmeister und die Handelsbilanz zeigt einen Rekordüberschuss von fast 200 Milliarden Euro für das Jahr 2013.

Ausnahmen für die Einen...

Ein Blick in den Geldbeutel zeigt schnell, dass die normale Bevölkerung nicht zu diesem „Wir“ gehört. Denn wenn wir mal, weitab der wirtschaftlichen Jubelmeldungen aus der Presse, Bilanz ziehen, sieht es düster aus. Der von der Regierung ausgehandelte „Mindestlohn ohne Ausnahmen“ ist ein Witz.

Nicht nur in Bezug auf die 8,50 Euro Brutto! Denn „ohne Ausnahmen“ heißt für die Regierung wohl etwas anderes als für uns: Jugendliche unter 18, Langzeitarbeitslose und PraktikantInnen werden ganz oder zumindest zeitweise von Mindestlohnregelungen ausgenommen. Klasse, dann können die vielen Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz finden, weil die Betriebe immer weniger ausbilden, sich dann weiterhin bis zum nächsten Jahr einen Aushilfsjob für 5 Euro die Stunde suchen. Die Generation Praktikum dürfte es wahrscheinlich ebenso freuen, sich weiterhin schlecht oder gar nicht bezahlt ausbeuten zu lassen. Und da man in Deutschland schon nach einem Jahr Arbeitslosigkeit als „Langzeitarbeitslos“ gilt, trifft

diese Ausnahme einen großen Teil der Jobsuchenden.

Sich dann auch noch eine 10% Erhöhung der Diäten zu erdreisten, während Otto-Normal-VerbraucherInnen weiterhin damit kämpfen genügend Geld für Miete, Energie und Lebensmittel aufzutreiben, dürfte einiges zur Unzufriedenheit der Leute beigetragen haben.

...Geschenke für die Anderen

Man braucht gar nicht lang nach denjenigen zu suchen, die mit der Politik der Regierung (und ihren Vorgängern) sehr zufrieden sein können. Eine Studie des DIW stellt fest, dass die oberen Einkommensgruppen in den zehn Jahren zwischen 2002 und 2012 „ihren Vermögensbestand weiter ausbauen“ konnten, während das der unteren Gruppen teils stagnierte, teils sank.

Kein Wunder, schließlich müssen die Reichen 35% weniger Steuern zahlen als vor zwanzig Jahren. An unzähligen Steuergeschenken, Subventionen und Aufträgen an Konzerne und Banken mangelte es auch nicht - ganz im Gegenteil! 10% des Haushalts kassieren die Banken direkt, als Zinsen für die Staatsschulden. Und auch die anderen Konzerne verdienen sehr gut. Allein die Rüstungskonzerne bekommen Aufträge im Wert von 10 Milliarden Euro.

Mehr und mehr

Doch anstatt Bescheidenheit und Zufriedenheit auszustrahlen, sind die großen Konzerne und Aktionäre getrieben von Profitgier: Sie fordern noch mehr Ausnahmen beim Mindestlohn und drohen mit Entlassungen. Die Krankenkassen drohen wiederum mit steigenden Zuzahlungen, sollte die Regierung tatsächlich die Kürzung der Zuschüsse um 6 Milliarden wahrnehmen. Denn auf die vielen Millionen Überschüsse, die sie dank radikaler Kürzungen bei

den Versicherten in den letzten Jahren erwirtschaften, wollen sie natürlich nicht verzichten.

Die Unternehmen stellen ihre Forderungen immer dreister. So zum Beispiel RWE. Sie schreien lauthals nach Milliardenhilfen vom Staat. Dabei sind die „Verluste“ nichts anderes als hingerechnet. Tatsächlich hat RWE 2013 Gewinn gemacht. Ganze 2,3 Milliarden. Doch da sie dreisterweise festgelegt haben, dass ihre Kraftwerke fünf Milliarden Euro weniger wert wären als im letzten Jahr, haben sie aus einem Gewinn ganz schnell einen Milliardenverlust gemacht.

So können sie weiter darauf hoffen, dass die Arbeitenden weitere Entlassungen und Kürzungen hinnehmen, der Staat die Milliarden locker macht und die Aktionäre weiterhin prächtig Profite schnefeln.

Den Spieß umdrehen

Von so manchem Verhalten der Unternehmen könnten wir uns einiges anschauen. Wir sollten unsere Unzufriedenheit ebenso so offen zur Schau stellen. Gründe haben wir jedenfalls genug! Unsere Forderungen sollten wir mit derselben Selbstverständlichkeit einfordern, und Druck ausüben, damit sie auch durchgesetzt werden! Denn was wir zum Leben mindestens brauchen sind 1500 Euro netto und 300 Euro mehr für alle Sozialleistungen! Wird Zeit, dass wir den Unternehmen unsere Rechnung präsentieren und uns nicht weiterhin von ihrer Jammerlei täuschen lassen.



Die Kantine am Nolli...

Die Kantine am Nollendorfsplatz ist schon seit einer Weile geschlossen. Der Grund dafür ist nicht so ganz klar oder zumindest noch nicht zu allen KollegInnen durchgedrungen. Fest steht, dass die BVG für ihre KollegInnen alles andere als zu viele Pausenräume und Kantinen hat. Es wird Zeit, dass das Unternehmen hier ein bisschen Geld reinsteckt. Denn zu guten Arbeitsbedingungen gehören gute Pausenräume und eine gute Verpflegung.

Kleiner Tipp am Rande: Mit dem Geld, das die BVG an der Börse verzoockt hat, hätten sich bestimmt viele gute Pausenräume bauen lassen.

Fahruntüchtig und... arbeitslos?!

Wer seinen Beruf aufgrund von Fahruntüchtigkeit nicht mehr ausüben kann, der ist nicht zu beneiden. Jahrelang hat man dem Unternehmen mit seiner Arbeit Profite gesichert und den eigenen Körper geschunden. Dass die Neubeschäftigten und die KollegInnen von den Tochterunternehmen wie BT bei Fahruntüchtigkeit ihren Job und damit ihre Lebensgrundlage verlieren finden wir einen Skandal. Wer ist denn für die krankmachenden Arbeitsbedingungen verantwortlich??

Große Koalition plant Einschränkung des Streikrechts

„Gute Arbeit“ – so heißt ein Punkt in dem von SPD und CDU verabschiedeten Koalitionsvertrag. Wenn man genauer hinschaut verbirgt sich dahinter vor allem viel gutes für die KapitalistInnen und die großen Mehrheitsgewerkschaften im DGB. Mit einer Gesetzesinitiative möchte man nun gerne die Tarifeinheit gesetzlich festschreiben. Das würde bedeuten, dass künftig nur noch die Gewerkschaften, die die Mehrheit der Beschäftigten in einem Betrieb vertreten, etwas zu sagen haben. Kleinere Gewerkschaften wie die GKL oder die GDL wären dadurch bei Verhandlungen aus dem Rennen – ihr Streikrecht Geschichte. Tarifautonomie wäre Vergangenheit. Ihrer stärksten Waffe – dem Streik – immer mehr beraubt, werden die Gewerkschaften nach und nach zu gefügigen Handlangern von Politik und Konzernen gemacht. Was sagt ihr dazu, dass die da Oben die Gesetze mal wieder einfach so nach ihren Interessen umändern wollen?

Nur nicht stressen lassen

Der Bus hält gerade an der Wendestelle, die letzten Fahrgäste sind ausgestiegen und schon piepst es wieder. Eine kurze Pause zum Essen oder für den Toilettengang? Nicht bei der BVG. Es gehört zum Alltag am Steuer der BVG-Busse, dass man aufgefordert wird, auf seine Pause zu verzichten um Verspätungen aufzuholen. Es gibt viele KollegInnen, die gut wissen, wie man damit umgeht. Nicht stressen lassen und erst mal die Pause machen, die einem zusteht. Der Druck auf die KollegInnen (vor allem mit befristeten Verträgen) ist inzwischen aber so hoch, dass sie viele ihrer Pausen dem schlechten Management der BVG opfern. Wir sollten als Belegschaft zusammenhalten und unsere KollegInnen ermutigen, sich ihre Pausen nicht nehmen zu lassen. Und wenn jemand deswegen zum Gruppenleiter zitiert wird, dann sollten wir geschlossen hinter demjenigen stehen.

Man kann ja eh nix machen... ...VON WEGEN!

Warnstreiks

Ende März war für Beschäftigte im öffentlichen Dienst Streikwoche angesagt – und das bundesweit! Die Gewerkschaften fordern monatlich 100 Euro, sowie 3,5% mehr Lohn. In Berlin streikten um die 300 MitarbeiterInnen der Vivantes-Kliniken und am Frankfurter Flughafen legten Beschäftigte ihre Arbeit für 11 Stunden nieder. In Nordrhein-Westfalen standen die meisten Busse, U- und Straßenbahnen still – der Nahverkehr wurde so nahezu komplett lahmgelegt.

Diese Warnstreiks sind ein guter Anfang. Sie zeigen, welchen Druck die Beschäftigten ausüben können. Die Chefs werden sich aber davon nicht beeindruckt lassen, wenn die Warnungen nicht auch wahr gemacht werden. Nur ein unbefristeter Arbeitskampf, den viele KollegInnen aus verschiedenen Bereichen gleichzeitig führen, kann wirkliche Verbesserungen erzwingen!

Für die BVG-KollegInnen...

...wenn du unser Flugblatt gut findest oder es verbessern willst - hilf uns mit deinen Anregungen!!! Schreib uns an: bvg-flugboe@gmx.de